



FLASH

Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten im Europäischen Parlament
Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats in the European Parliament
Groupe du Parti Populaire Européen (Démocrates-Chrétiens) et Démocrates Européens au Parlement européen

Internet address: <http://www.epp-ed.org>
<http://www.cdu-csu-ep.de>

Pressedienst - Press Office - Service de Presse

V/xxx/03/RK/D

Brüssel, 23. April 2003

Klaus-Heiner Lehne (CDU/EVP-ED) :

ÜBERNAHMERICHTLINIE

EP-Rechtsdienst bestätigt Position seines Berichterstatters

Am heutigen Tage hat der Rechtsdienst des Europäischen Parlaments vor dem Ausschuß für Recht und Binnenmarkt sein Gutachten zur Übernahmerichtlinie vorgestellt. Das Gutachten kommt in Übereinstimmung mit dem Vorschlag des EP-Berichterstatters, des CDU-Europaabgeordneten, Klaus-Heiner Lehne, und in Übereinstimmung des Rechtsdienstes des Ministerrates zu folgenden Feststellungen: Eine Durchbruchsregelung unter Einbeziehung der Mehrfachstimmrechte ist mit dem Europäischen Recht und insbesondere mit den Eigentumsgarantien aus Vertrag- und Grundrechtcharta zu vereinbaren. Außerdem kann die zeitweise Unwirksamkeit der Mehrfachstimmrechte bzw. deren Beseitigung auf der Grundlage des Art. 44 vom Europäischen Gesetzgeber beschlossen werden. "Dies ist deckungsgleich mit den Ergebnissen der Winter-Expertengruppe und den sachverständigen Gutachten der im Auftrag des Europäischen Parlaments tätig gewordenen Rechtsprofessoren", so der CDU-Rechtspolitiker.

Im Hinblick auf die Drittstaatenproblematik habe der Rechtsdienst des Europäischen Parlaments ebenfalls in Übereinstimmung mit dem Gutachten festgestellt, daß eine generelle Nichtanwendbarkeit der Vorschriften auf Drittstaatenunternehmen möglich sei. "Dies ist insbesondere bezüglich des fehlenden *level playing field* zwischen der Europäischen Union und den USA von Bedeutung", erklärte der EP-Berichterstatter.

Schließlich habe der Rechtsdienst klargestellt, daß Arbeitnehmerinformationspflichten durch den Gesetzgeber auch für den Zeitraum vor dem Angebot zumindest für die Bietergesellschaft vorgesehen werden könnten, soweit die informierten Arbeitnehmervertreter den Insider-Regeln unterworfen werden.

"Durch diese Feststellungen des Rechtsdienstes ist jetzt endgültig klargestellt, daß meinen Vorschlägen keine rechtlichen Bedenken entgegenstehen und letztlich eine große politische Entscheidungsfreiheit des europäischen Gesetzgebers besteht", so Klaus-Heiner Lehne abschließend.

Für weitere Informationen:

Klaus-Heiner Lehne MdEP, Tel. +32 2 28 45047

EVP-ED-Pressestelle, Rupert Krietemeyer, Tel.: +32 475 80 86 00